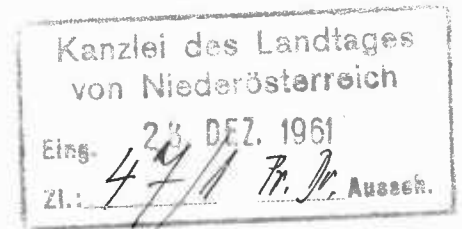




REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

Zl. 94.654-2a/61

Gesetzesbeschluss des n.ö.Landtages vom
19.12.1961, betreffend die vorläufige
Regelung des Verfahrens für die öffentlichen
Abgaben der Länder und der Gemeinden
(Gemeindeverbände)



Zu Zl. 47 ex 1961 vom 19.12.1961.

An den
Herrn Landeshauptmann für Niederösterreich
in Wien

Das Bundeskanzleramt beehrt sich namens der Bundesregierung mitzuteilen, dass gegen die Kundmachung des Gesetzesbeschlusses des n.ö.Landtages vom 19.12.1961, betreffend die vorläufige Regelung des Verfahrens für die öffentlichen Abgaben der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) gemäss Art. 93 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 kein Einspruch erhoben wird.

22. Dezember 1961
Für den Bundeskanzler:
Loebenstein

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
Loebenstein